

Stadtverwaltung Delitzsch
Ordnungsamt/Gewerberecht
Markt 3
04509 Delitzsch

Aktenzeichen:

Eingangsvermerk:

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 33i Gewerbeordnung (GewO) (Spielhallen)

Antragsteller

(Bei juristischen Personen und nicht rechtsfähigen Vereinen sind die Angaben zur Person für den Vertretungsberechtigten zu machen und die erforderlichen Unterlagen zu erbringen)

Bei juristischen Personen / nicht rechtsfähigen Vereinen: Name und Sitz

Amtsgericht / Handelsregister-Nr.

Name

Vorname

Geburtsname

Geburtsort

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Straße, Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Telefon

Telefax

E-Mail

Bei Ausländern - Passkopie (nur die Seiten mit den Personaldaten des Passinhabers und mit der Aufenthaltsgenehmigung) bzw. Kopie des EU - Ausweises **bitte beifügen**:

Aufenthaltsurlaubnis erteilt durch

Gültig bis

Aufenthalt und berufliche Tätigkeit in den letzten 5 Jahren

von	bis	Aufenthaltort	Berufliche Tätigkeit

Persönliche Verhältnisse

Anhängige Strafverfahren nein ja, welche

Anhängige Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit nein ja, welche

Anhängiges Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 GewO oder ein anhängiges Verfahren zur Rücknahme oder Widerruf einer gewerblichen Erlaubnis nein ja, welche

Die Vermögensauskunft (§ 807 ZPO) wurde von mir abgegeben : ja nein
Die Abgabe dieser Vermögensauskunft erfolgte am (Datum):

Gegen mich wurde ein Haftbefehl zur Abgabe der Vermögensauskunft erlassen: ja nein
Der Haftbefehl zur Abgabe der Vermögensauskunft wurde erlassen am (Datum):

Wurde innerhalb der letzten fünf Jahre ein Konkurs-, Vergleichs- oder Insolvenzverfahren eröffnet bzw. der Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen? ja nein

Erforderliche Unterlagen für die gewerberechtliche Erlaubnis	
Bescheinigung einer Industrie- und Handelskammer, dass die für die Ausübung des Gewerbes notwendigen Kenntnisse zum Spieler- und Jugendschutz unterrichtet worden sind	
<input type="checkbox"/> wird nachgereicht	<input type="checkbox"/> beigelegt
Baugenehmigung zur Spielhalle	
<input type="checkbox"/> wird nachgereicht	<input type="checkbox"/> beigelegt
Mietvertrag	
<input type="checkbox"/> wird nachgereicht	<input type="checkbox"/> beigelegt
Erforderliche Unterlagen für die glücksspielrechtliche Zustimmung	
Sozialkonzept	
<input type="checkbox"/> wird nachgereicht	<input type="checkbox"/> beigelegt
Erklärung zur Einhaltung der Aufklärungspflichten gemäß § 7 GlüStV über alle spielrelevanten Informationen, des Verbots der Teilnahme Minderjähriger, der durch die angebotenen Glücksspiele entstehenden Suchtrisiken sowie der Beratung und Therapiemöglichkeiten	
<input type="checkbox"/> wird nachgereicht	<input type="checkbox"/> beigelegt
Übersichtskarte mit Darstellung vorhandener allgemeinbildender Schulen sowie Spielhallen samt Eingängen im Umkreis von 250 m-Luftlinie von den Eingängen der beantragten Spielhalle im Mindestmaßstab von 1:5000 in zweifacher Ausfertigung	
<input type="checkbox"/> wird nachgereicht	<input type="checkbox"/> beigelegt
Hinweis: Das Betriebsgrundstück ist rot zu umranden. Die Übersichtskarten sind vom Antragsteller zu unterschreiben.	
Bildliche Darstellung der geplanten Werbung (z.B. durch eine Fotodokumentation)	
<input type="checkbox"/> wird nachgereicht	<input type="checkbox"/> beigelegt
Weitere Hinweise der einzureichenden Unterlagen im glücksspielrechtlichen Zustimmungsverfahren entnehmen Sie bitte dem beigelegten Hinweisblatt der Landesdirektion Sachsen - Glücksspielaufsicht.	

Mir ist bekannt, dass ich mit der beabsichtigten gewerblichen Tätigkeit erst beginnen darf, wenn ich im Besitz der dazu erforderlichen Erlaubnis bin. Zuwiderhandlungen stellen nach § 144 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe d GewO Ordnungswidrigkeiten dar, die mit Geldbußen bis zu 5.000 Euro geahndet werden können.

Die Richtigkeit der vorstehenden Angaben wird hiermit versichert.

Ort, Datum Unterschrift

Erforderliche Unterlagen für die gewerberechtliche Erlaubnis

Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart 9)

1. bei natürlichen Personen oder Personengesellschaften (z.B. GbR, OHG)

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

beantragt am _____ beigelegt

Hinweis: Die Auskünfte sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d. h. sie werden direkt übersandt. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 33i GewO“ angeben. Die Auskünfte dürfen nicht älter als drei Monate sein.

2. bei juristischen Personen (z.B. GmbH, AG) sowohl für

- alle nach dem Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten sowie
- die juristische Person selbst

beantragt am _____ beigelegt

Hinweis: Die Auskunft/Auskünfte für ist/sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d. h. sie wird/werden direkt übersandt. Die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister für die juristische Person ist bei der Wohnsitzgemeinde einer gesetzlich vertretungsberechtigten Person ebenfalls zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen. Auf den Firmensitz kommt es hierbei nicht an. Bei der Beantragung ist eine Kopie des Handelsregisterauszugs für die juristische Person vorzulegen. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 33i GewO“ angeben.

Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes

1. bei natürlichen Personen oder Personengesellschaften (z.B. GbR, oHG)

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

wird nachgereicht beigelegt

Hinweis: Die Bescheinigung darf nicht älter als drei Monate sein und ist im Original vorzulegen.

2. bei juristischen Personen (z.B. GmbH, AG) sowohl für

- alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
- den Betriebsleiter oder den mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten sowie
- die juristische Person selbst

wird nachgereicht beigelegt

Hinweis: Die Bescheinigung darf nicht älter als drei Monate sein und ist im Original vorzulegen.

bei natürlichen Personen oder Personengesellschaften (GbR, OHG) - Auszug aus dem Handelsregister, soweit Eintragung vorliegt (aktuelle Kopie)

wird nachgereicht beigelegt

bei juristischen Personen (GmbH, AG) - Auszug aus dem Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister (aktuelle Kopie) bzw., falls sich die Gesellschaft in Gründung befindet, der Gesellschaftsvertrag

wird nachgereicht beigelegt

Versicherung des Antragstellers (oder aller vertretungsberechtigter natürlicher Personen), dass im Zeitraum vom 01.01.2009 - 31.12.2012 keine eidesstaatliche Versicherung von einem Gerichtsvollzieher abgenommen wurde

wird nachgereicht beigelegt

Negativzeugnis des Amtsgerichts oder vergleichbares, amtliches Dokument des Sitzstaates, aus dem hervorgeht, dass kein Insolvenzverfahren gegen den Inhaber und die vertretungsberechtigten Personen anhängig ist

wird nachgereicht beigelegt

Grundriss über die Betriebsräume mit detaillierter Bezeichnung der Betriebs- und Personalräume im Maßstab 1:100 in zweifacher Ausfertigung

wird nachgereicht beigelegt

Hinweis: Die Räume sind rot zu umranden und durchgehend zu nummerieren. Der Grundriss ist von Antragsteller zu unterschreiben.

Grundriss über die als Spielfläche genutzten Räume, aus welchem die darin aufgestellten Spielgeräte hervorgehen (bitte Geld- oder Warenspielgeräte gesondert kennzeichnen)

wird nachgereicht beigelegt